

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD

BEZIRK  
HESSEN-NORD

SPD



FOTO: BÜRO GREMELS

## Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

mit dem diesjährigen Hessengipfel, der coronabedingt leider nicht im nordhessischen Friedewald, sondern nur digital stattfand, haben wir den Startschuss für die Vorbereitungen zur Landtagswahl im Herbst nächsten Jahres gegeben. Wir haben den Prozess zur Erstellung unseres Wahlprogramms eingeläutet. In mehr als zehn thematischen Unterarbeitsgruppen wollen wir die ganze breite unserer Partei in die Erstellung unserer Themenschwerpunkte einbeziehen. Darüber hinaus ist ein bezirkswieites Forum zum Landtagswahlprogramm für den 9. Juli geplant.

Mit dem von Ministerpräsidenten Volker Bouffier eingeläuteten Rückzug kommen auch innerhalb der hessischen SPD immer wieder Fragen auf, mit wem wir in den Wahlkampf ziehen werden. Hier sollten wir uns nicht unter Druck setzen lassen. Wir haben mit Nancy Faser eine SPD-Landesvorsitzende, die auf dem Landesparteitag im Juni wieder kandidieren wird. Über die Spitzenkandidatur sollte aber noch in diesem Jahr entschieden werden.

Durch den Tod der Marburger Landrätin, meiner Kollegin als stellvertretende Landesvorsitzende, Kirsten Fründt ist im Mai Landratswahl in Marburg-Biedenkopf. Die örtliche SPD hat mit Jens Womelsdorf, den ehemaligen SPD-Unterbezirksgeschäftsführer und heutigen Regionalbeauftragten des Automobilclubs Europa einen hervorragenden und bestens qualifizierten Kandidaten. Unsere Unterstützung – auch im Strassenwahlkampf – ist ihm sicher!

Nach über 35 Jahren als Beschäftigte des SPD-Bezirks Hessen-Nord, ist das die letzte Ausgabe des „Vorwärts Nordhessen“, den unsere Bezirksgeschäftsführerin Ilona Holstein zu verantworten hat. Nicht nur dafür gebührt ihr großer Dank. Alles Gute für den Ruhestand!

Euer Timon. ■



Unterbezirksvorsitzender Knut John, Friedel Lenze und Ortsvereinsvorsitzender Magnus Alt gratulieren Dieter Brosey zum 60jährigen Jubiläum.

FOTO: SPD WERRA-MEISSNER

## DIETER BROSEY: SEIT 60 JAHREN EIN SOZIALDEMOKRAT

Ehemaliger Bezirksschatzmeister wurde geehrt

Der SPD-Ortsverein Großalmerode ehrte Dieter Brosey für 60 Jahre SPD-Mitgliedschaft. Im Alter von 18 Jahren trat Dieter Brosey 1960 in die SPD ein. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die Ehrung mehrfach verschoben. In einer privaten Feierstunde wurde die Ehrung nun durch Knut John, Friedel Lenze und Magnus Alt nachgeholt.

Dieter Brosey war von 1975-1988 Bürgermeister in Großalmerode und anschließend bis 2006 Landrat des Werra-Meißner-Kreises. Neben den Hauptämtern hatte er in den vergangenen 60 Jahren zahlreiche Ehrenämter inne, so war er Juso-Unterbezirks- und Bezirksvorsitzender und führte zehn Jahre den Unterbezirk der SPD Werra-Meißner. Insgesamt 30 Jahre war er Mitglied im Bezirksvorstand der SPD Hessen-Nord, wovon er 17 Jahre das Amt des Bezirksschatzmeisters bekleidete.

Ortsvereinsvorsitzender Magnus Alt bedankte sich für die vielen Verdienste für die Sozialdemokratie, den Werra-Meißner-Kreis und die Stadt Großalmerode. Brosey führte diese aus der Finanzaufsicht und erweiterte, trotz der schwierigen finanziellen Situation, erheblich die Infrastruktur der Stadt. Auch als Landrat zeigte er, dass es in schwierigen Zeiten möglich ist, eine innovative und zukunftsweisende Politik zu gestalten.

Stets waren sozialdemokratische Grundsätze die Leitsätze von Dieter Brosey in seiner Arbeit für die Menschen

im Werra-Meißner-Kreis. So setzte er als Landrat (1988-2006) besondere Akzente auf die Sozial- und Jugendpolitik, indem die Angebote und finanziellen Hilfen des Kreises für Benachteiligte und Hilfebedürftige von Jahr zu Jahr ausgebaut wurden. Dazu wurden mit großen finanziellen Anstrengungen die Asbestsanierungen vieler Schulen im Kreis umgesetzt. Seine Funktion als Landrat war aber auch eng verbunden mit weiteren Funktionen als Vorsitzender von entscheidenden Gremien und wichtigen Institutionen. Insbesondere seien hier der Aufsichtsrat des Kreiskrankenhauses oder der Verwaltungsrat der Sparkasse Werra-Meißner genannt. In der Rolle des Aufsichtsratsvorsitzenden unserer beiden Krankenhäuser hat Dieter Brosey in schwierigen sozialpolitischen Zeiten Reformen eingeleitet, damit die beiden Häuser weiterhin in kommunaler Trägerschaft bleiben konnten (Gründung der Holding) und so die medizinische Versorgung im Kreis gesichert.

„Einen Weg finden zwischen Bewahren und notwendigen Reformen, damit dauerhaft wichtige Strukturen erhalten bleiben, im Interesse der Bevölkerung des Werra-Meißner-Kreises“, dies war stets das Ziel von Dieter Brosey.

Auch im Ruhestand bleibt Brosey aktiv, vorwiegend im Garten, wie er betonte, beim Radfahren und vor allem bei längeren Wanderungen mit seiner Frau Gudrun und Freunden in ganz Nordhessen. ■

## TIMON GREMMELS IN DEN VORSTAND DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION GEWÄHLT

Mitglied im neuen Ausschuss für „Klimaschutz und Energie“

**D**er Niestetaler SPD-Abgeordnete Timon Gremmels rückt in das Führungsgremium seiner 206-köpfigen Bundestagsfraktion, den Fraktionsvorstand, auf.

Er wurde in geheimer Wahl in das aus 25 Personen bestehende Gremium gewählt. Aufgabe des Fraktionsvorstands ist es, zusammen mit den Koalitionspartnern von Grünen und FDP den Koalitionsvertrag in konkrete Gesetzesinitiativen umzusetzen und das parlamentarische Tagesgeschäft zu organisieren.

Auch wird sich Gremmels in diesem Gremium schwerpunktmäßig um die Energiewende kümmern. Zugleich wird er in den nächsten vier Jahren im neu

gebildeten Ausschuss für ‚Klimaschutz und Energie‘ mitarbeiten. Der Ausschuss wird die ambitionierten Gesetzesvorhaben der Ampel-Koalition zum Ausbau der Erneuerbaren Energien begleiten. Bis 2030 sollen 80 Prozent des Strombedarfs aus Erneuerbaren Energien kommen. Dazu wird der Ausbau der Photovoltaik u.a. mit einer Solarpflicht für gewerbliche Gebäude bis Ende des Jahrzehnts vervierfacht werden. „An diesem wichtigen Themenfeld der Koalition aus SPD, Grünen und FDP an entscheidender Stelle mitarbeiten zu können, freut mich sehr. In Sachen Energiewende kann ich für die nordhessische Region in Berlin viel bewegen“, ist sich Gremmels sicher.

Um sich auf seine Aufgabe im neuen

Ausschuss für Klima und Energie konzentrieren zu können, wird Gremmels dem Petitionsausschuss des Bundestags nur noch als stellvertretendes Mitglied angehören. Gremmels versprach aber, in dieser Funktion die Petition zur ‚Kurve Kassel‘ weiter zu bearbeiten und direkter Ansprechpartner für die Petenten und Bürgerinitiativen zu bleiben.

Ebenfalls als stellvertretendes Mitglied wird der SPD-Abgeordnete im Wirtschaftsausschuss mitarbeiten. „Bei der Transformation des Industriestandorts Kassel ist es wichtig, einen direkten Draht ins Wirtschaftsministerium zu behalten“, so Gremmels, der zu dem noch Sprecher der 15 hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten ist. ■



Timon Gremmels MdB

FOTO: BÜRO GREMMELS

## OLIVER ULLOTH MDL: „NORDHESSISCHE SPD-LANDTAGSABGEORDNETE SEHEN SICH GUT AUFGESTELLT“

SPD-Nordhessenrunde mit neuem Sprecher

**H**essens „nördlichster“ SPD-Landtagsabgeordneter, ist einstimmig zum neuen Sprecher der SPD-Nordhessenrunde gewählt worden. Die Nordhessenrunde ist ein Zusammenschluss der elf nordhessischen SPD-Landtagsabgeordneten, die sich regelmäßig in der Region treffen, um ihre Zusammenarbeit zu vertiefen und nach regionalen und fachpolitischen Gesichtspunkten gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Institutionen oder Unternehmen vor Ort zu diskutieren. „Nur so können wir direkt erfahren, wo der Schuh drückt und welche Alltagsnöte und Anliegen es gibt“, erläuterte Ulloth am Rande einer Sitzung der Nordhessenrunde während der Plenarwoche in Wiesbaden.

Die SPD Hessen liege derzeit in Umfragen auf Landesebene vorne, der

Landtagsfraktion sei es zudem nach dem erfreulichen Wechsel von Nancy Faeser in das Bundesinnenministerium gelungen, mit Günter Rudolph einen erfahrenen und leidenschaftlich kämpfenden Nordhessen an die Spitze der Landtagsfraktion zu wählen. Die gesundheitspolitische Sprecherin Dr. Daniela Sommer – ebenfalls eine Nordhessin – übernimmt künftig die Aufgabe als parlamentarische Geschäftsführerin.

Mit der Nordhessenrunde will Ulloth weiter an der Aufbruchstimmung arbeiten. „Wir erleben als SPD derzeit einen besonderen Zuspruch. Man traut uns erfreulicherweise wieder zu, die großen Themen im Land zu lösen“, so der Abgeordnete aus dem Landkreis Kassel.

Der Fokus sei daher jetzt schon auf die Landtagswahl im Jahr 2023 gerichtet. Daher wolle die Nordhessenrunde das

neue Jahr intensiv dazu nutzen, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ein Programm auf den Weg zu bringen, das die vielfältigen Herausforderungen in den Städten und den ländlichen Räumen Nordhessens anpackt und die Lebensbedingungen verbessert.

Oliver Ulloth dankt seiner Vorgängerin, Manuela Strube, für ihre engagierte Arbeit für Nordhessen und wünscht ihr im neuen Amt ein gutes Gelingen. Mit Blick auf seine Vorgängerin, die seit Jahresbeginn Bürgermeisterin von Baunatal ist, sieht Ulloth einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt der Nordhessenrunde in der Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kommunen. „Dabei nimmt die Frage einer zeitgemäßen und angemessenen Finanzausstattung der Städte, Kreise und Gemeinden nach wie vor großen Raum ein“, erklärte der Nordhessensprecher. ■



Oliver Ulloth MdL

FOTO: BÜRO ULLOTH

## SPD TRAUERT UM KIRSTEN FRÜNDT

Landrätin des Landkreises Marburg-Biedenkopf gestorben

**I**m Alter von 54 Jahren verstarb im Januar nach schwerer Krankheit die Landrätin des Kreises Marburg-Biedenkopf, Kirsten Fründt.

Kirsten Fründt war eine Frau, die alle um sich in ihren Bann zog. Sie war zugewandt und sprühte vor Lebensfreude, Vitalität und menschlicher Wärme. All das verband sie mit hoher fachlicher Expertise und Engagement.

Kirsten Fründt war bereit, Verantwortung auf unterschiedlichen Ebenen zu übernehmen. Sie wusste, dass alle zusammen dazu beitragen müssen, das Leben

im Kreis Marburg-Biedenkopf besser zu machen.

Sie prägte als Landrätin einen neuen Stil, der auf menschlicher Nähe, Kompetenz und Partizipation beruhte. Auch deshalb war es für sie ein ganz zentrales Anliegen, Politik für alle Bürgerinnen und Bürger greifbar zu machen und möglichst viele mitzunehmen.

Neben der kommunalen Tätigkeit als Landrätin und der Fülle der damit verbundenen Aufgaben und Funktionen hat sie sich stark in die Arbeit unserer Partei, der SPD, eingebracht. Als Co-Vorsitzende

war sie Teil der Doppelspitze der SPD im Unterbezirk Marburg-Biedenkopf. Darüber hinaus war sie stellvertretende Vorsitzende des SPD-Landesverbands Hessen und Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik.

In allen Ämtern wurde ihre hohe fachliche Kompetenz und ihr verbindliches, freundliches Wesen sehr wertgeschätzt. Kirsten Fründt konnte auf allen Ebenen Menschen motivieren. Sie war eine echte Teamplayerin, die jetzt schon schmerzlich fehlt. ■



Kirsten Fründt

FOTO: MARKUS FARNUNG

## FULDAER ROSE AN HAFEN LUTHERKIRCHE VERLIEHEN

Stadtteiltreff ausgezeichnet

**E**ndlich haben wir die Gelegenheit die Fuldaer Rose den Preisträgern von 2020 zu überreichen. Corona-bedingt leider nicht in dem würdigen Rahmen, in der die Verleihung sonst stattfindet: Kein Marktgeschehen des Marktes der Möglichkeiten, keine Musik und was sonst noch dazu gehört. Erhalten bleiben die Bedeutung, Anerkennung und Würdigung für die Leistung, die mit unserer Fuldaer Rose verbunden ist“, so der Co-Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes Fulda, Thomas Bobke, in seiner Begrüßung.

Der SPD-Stadtverband Fulda verlieh die Fuldaer Rose 2020, Preis für Zivilcourage, dem „Hafen Lutherkirche“, einem wichtigen Projekt im Fuldaer Südend.

Unter dem Namen „Hafen Lutherkirche“ wird das Wirken der evangelischen Lutherkirche als Familienzentrum und Stadtteiltreff zusammengefasst.

„Menschen aus der Anonymität oder Einsamkeit zu holen und die Hilfe zur Selbsthilfe waren wichtige Anliegen des Gründers des Familienzentrums, Pfarrer Mati Fischer“, erläuterte Bernhard Lindner in seiner Laudatio. Pfarrer

Fischers Nachfolgerin, Pfarrerin Anke Mölleken, führe diese Arbeit in gleichem Sinne erfolgreich fort. Im Laufe der Zeit entstanden eine Kita und weitere familienunterstützende Maßnahmen, ergänzt mit einer Nachmittagsbetreuung. Ziel war vor allem das Erlernen sozialer Kompetenzen.

Zentraler Treffpunkt ist das Mittagessen. War es anfangs das Broteschmieren, so ist es heute das Kochen einer täglichen warmen Mahlzeit für alle, die kommen, nicht nur Gemeindeglieder. So ist schon jetzt die Küchenarbeit auch Sprungbrett in den Arbeitsmarkt. All dies ist nicht möglich ohne helfende Hände und planende Köpfe.

Deshalb gehen Dank und Anerkennung an das Küchenteam mit sieben Frauen, an drei Hausmeister, zwei Alteskönner und zehn Ehrenamtliche. Sie werden beraten, betreut und unterstützt von fünf Hauptamtlichen (u.a. der Pfarrerin, den Mitarbeiterinnen des Pfarrbüros, der Sozialpädagogin).

In ihren Dankesworten verglich Pfarrerin Mölleken die Arbeit des Projekts „Hafen Lutherkirche“ mit den St.-Martins-



In ungewöhnlichem Rahmen fand die Verleihung der „Fuldaer Rose 2020“ an den Stadtteiltreff „Hafen Lutherkirche“ statt.

FOTO: SPD FULDA

Umzügen. St. Martin habe den armen Mann am Straßenrand wahrgenommen und ihm geholfen. Genau das sei der Kern dieses Projektes: Man wolle die Menschen im Südend wahrnehmen, sie zusammenbringen, unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit. Herauslösen aus ihrer gesellschaftlichen Anonymität, das gelte insbesondere für Geflüchtete in der Unterkunft in der Frankfurter Straße. Das Südend sei ein vielschichtiger Stadtteil mit vielen Herausforderungen, die man gerne annehme.

Die Pfarrerin freute sich, „dass nicht nur wir Menschen wahrnehmen, sondern auch wir und unsere Arbeit wahrgenommen werden“. ■

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord  
Humboldtstr. 8 A  
34117 Kassel  
Fon 0561/7001013  
Fax 0561/7001088  
bezirk.hessen-nord@spd.de  
www.spd-hessen-nord.de

ANZEIGE

# FÜR DICH. UNSERE WANDZEITUNGEN ZUM MINDESTLOHN.

AB  
JETZT  
BESTELLBAR  
UNTER  
SHOP.SPD.DE

## RESPEKT

## RESPEKT



**SPD** Soziale Politik für Dich.

## GELD ALLEIN HILFT NICHT – STIMMIGE POLITISCHE KONZEPTION NÖTIG

Dr. Daniela Sommer MdL zur Corona-Unterstützung für Studierende

**D**ie hessische Landesregierung hat angekündigt, 980.000 Euro zur Verfügung zu stellen, um Unterstützungsangebote für Studierende zu finanzieren, mit denen negative fachliche, soziale und psychische Folgen der Corona-Pandemie abgedeckt werden sollen. Die Parlamentarische Geschäftsführerin und hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Daniela Sommer, nannte das Angebot einerseits richtig, aber andererseits enttäuschend.

Dr. Sommer sagte am Mittwoch in Wiesbaden: „Wenn die zuständige Ministerin Angela Dorn von den Grünen nun auch erkennt, dass die Corona-Krise

viele Studierende erheblich belastet, ist das aller Ehren wert. Jedes zusätzliche Angebot an fachlicher Betreuung, an Coachings oder an psychologischer Hilfe findet unsere Unterstützung. Allerdings werden die angekündigten Mittel nicht besonders lange reichen, vielmehr sehen wir hier wieder den berühmten Tropfen auf den heißen Stein. Sollte die Landesregierung tatsächlich über die fachliche Seite des Studienerfolgs hinausdenken und auch das emotionale und gesundheitliche Wohlbefinden der Studierenden in den Blick nehmen, dann braucht es dazu mehr als eine allenfalls symbolhafte Summe.“

Wichtig sei, dass sich die Landesregierung selbst zügig einen Überblick über die

Lage und die Bedarfe der Studierenden verschaffe – schon um die erkennbaren Wissenslücken der Landesregierung in Bezug auf die Lebenswirklichkeit der Studierenden zu schließen. Dr. Sommer sagte, sie sei sicher, dass die Studierenden einen erheblichen Bedarf an weitergehenden Hilfsmaßnahmen hätten. „Mit der Corona-Pandemie, die das Leben seit zwei Jahren einschränkt, ist die mittel- und langfristige Perspektive vieler Studierenden zusammengebrochen. Eine solche Perspektive zu erneuern und mit Leben zu füllen, erfordert eine stimmige politische Konzeption, nicht nur Geld. Davon ist aktuell leider nichts zu sehen“, so Dr. Daniela Sommer. ■



Dr. Daniela Sommer MdL

FOTO: BÜRO SOMMER

## FRISCHER WIND FÜR DEN LANDTAG: FLORIAN SCHNEIDER RÜCKT FÜR MANUELA STRUBE NACH

**S**eit dem 1. Januar vertritt Florian Schneider (30) den Wahlkreis Kassel-Land II im hessischen Landtag. „Ich freue mich auf die neuen Herausforderungen und verspreche, stets mein Bestes für die Region zu geben und immer ein offenes Ohr für die Belange der Menschen in unserem Landkreis zu haben.“ erklärte er zu Beginn seiner Amtszeit. Der IT-Experte rückt für Manuela Strube nach, die im vergangenen Herbst zur Bürgermeisterin der Stadt Baunatal gewählt wurde.

„In die Fußstapfen einer so engagierten Landtagsabgeordneten wie Manuela zu treten, ist nicht leicht. Ich werde mich engagiert dafür einsetzen, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen“, so Schneider. Seine politische

Heimat ist die SPD im Landkreis Kassel, wo er aufgewachsen ist und bis heute in der Gemeinde Schauenburg lebt.

Nach der Schulzeit in Baunatal und Kassel durchlief er die Ausbildung zum IT-Kaufmann bei dem regionalen Industriebetrieb Senior Flexonics. Bis zum Einzug im den Landtag arbeitete Florian Schneider bei der Deutschen Post DHL Group in Staufenberg (Nds.), zuletzt als Senior IT-Spezialist. Als Mitglied des Ausschusses für Digitales und Datenschutz wird er sich weiterhin mit seinem beruflichen Schwerpunkt-Thema Digitalisierung beschäftigen. „Damit darf ich in einem Themenbereich arbeiten, der mir sehr am Herzen liegt und fachlich gut zu mir passt.“

Als weitere Schwerpunkte seiner Ar-

beit sieht Schneider den Umwelt- und Klimaschutz, die Berufsbildung und die Förderung der Region und des ländlichen Raums. Deshalb wird er zukünftig auch dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz angehören. „Ich freue mich sehr, dadurch meine großen Herzenthemen nun im Landtag bearbeiten, verändern und fit für die Zukunft machen zu können.“

Sein Antrieb ist es, soziale Politik in Hessen zu gestalten, die von den Bürgerinnen und Bürgern ausgeht und tatsächlich bei den Menschen ankommt. Deshalb sind ihm der Kontakt und die Gespräche vor Ort ein zentrales Anliegen. „Ich möchte so gut es geht, für die Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis da sein und im regen Austausch mit ihnen stehen.“ ■



Florian Schneider MdL

FOTO: THORSTEN ESCHSTRUTH

### GLÜCKWUNSCH!

**Otto Adams** aus Kaufungen zum 100. Geburtstag

**Alfred Kühn** aus Witzenhausen  
**Ilse Israel** aus Niestetal  
**Willi Heitmann** aus Schauenburg  
**Elfriede Groß** aus Fuldatal  
**Karl Finke** aus Kassel zum 95. Geburtstag

**Karl Denn und Willi Heitmann** aus Schauenburg  
**Margot Ross** aus Kaufungen  
**Karl-Heinz Becker** aus Breidenbach  
**Fritz Gottbehüt** aus Ludwigsau zu 70 Jahren Parteimitgliedschaft

**Karl Worm** aus Homberg zu 75 Jahren Parteimitgliedschaft ■

## ANDREAS SIEBERT STELLVERTRETENDER BUNDESVORSITZENDER DER SGK

**A**uf der Bundesdelegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik wurde der Vorsitzende der SPD im Landkreis Kassel und Landrat des Landkreises Kassel zum stellvertretenden Vorsitzenden der Bundes-SGK gewählt.

„Ich freue mich sehr über diese Wahl. Damit hat Hessen eine weitere wichtige Stimme auf der kommunalpolitischen und Bundesebene. Der Koalitionsvertrag der aus SPD, Grünen und FDP bestehenden Ampelregierung in Berlin stimmt mich hoffnungsvoll. Aber die Vorhaben müssen finanziell unterlegt werden. Es ist Sache der Kommunen, die Klimawende umzusetzen. Aber dazu brauchen wir ausreichende finanzielle Mittel.“

Ich werde mich besonders für die Interessen des ländlichen Raums im Bundesvorstand der SGK einsetzen“, so Andreas Siebert.

Siebert kündigte an, dass ein Schuldenschnitt für die Kommunen in Deutschland der richtige Weg wäre. Damit würden Spielräume eröffnet, die die Kommunen aktuell nicht haben.

„Wir werden eine neue Form der Erfahrbarkeit in den Kommunen in diesem Jahrhundert erleben. Flucht, die Auswirkungen des Klimawandels oder die Schwierigkeiten bei den Lieferketten und natürlich die digitale Transformation werden bei uns, bei den Kommunen direkt spürbar werden“, so Siebert abschließend. ■



Andreas Siebert

FOTO: THORSTEN ESCHSTRUTH

# vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

MÄRZ 2022



Gunter Rudolph,  
Vorsitzender der SPD-Fraktion  
im Hessischen Landtag

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, während ich diese Zeilen schreibe, überschlagen sich die Meldungen von der Rückkehr des Krieges nach Europa: Russland hat die Ukraine überfallen und dabei die Menschlichkeit, das Völkerrecht und die politische Ordnung unseres Kontinents, die wir so lange für gesichert hielten, mit Panzern überrollt. Die Weltgemeinschaft muss Putin und denen, die ihn stützen, nun entschlossen entgegentreten. Wir dürfen den Krieg nicht militärisch anfachen, aber wir müssen zusammenstehen und der russischen Aggression den wirtschaftlichen Nährboden entziehen. Möglicherweise bringt das Belastungen auch für uns selbst – aber das Selbstbestimmungsrecht der souveränen Nationen ist ein Wert, der kein Preisschild trägt.

Ob die Maßnahmen, die zu ergreifen sind, dazu führen, dass Putins Russland in den Kreis der Staaten zurückkehrt, die sich an Verträge und internationales Recht halten, lässt sich derzeit nicht sagen. Sicher aber ist: Unsere Solidarität gilt der Ukraine und den Menschen dort. Ihre Leben sind das, was zählt.

Die Sozialdemokratie kämpft seit jeher gegen die Unterdrückung der Menschen, für den Frieden und die Freiheit. Dafür steht – auch und gerade in der Krise – eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung mit Bundeskanzler Olaf Scholz, dafür stehen wir als SPD Hessen, und dafür muss jedes einzelne Mitglied unserer Partei in Wort und Tat stehen.

Die Werte der SPD sind international. Sie zu verteidigen, ist unser Auftrag. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir diesem Auftrag gerecht werden. Mit nachdenklichen Grüßen

Günter Rudolph  
Fraktionsvorsitzender

## SAVE-THE-DATE

26.04.2022  
HESSENEMPfang  
IN DER  
HESSISCHEN  
LANDESVERTRETUNG  
BERLIN

06.05.2022  
SITZUNG DES  
LANDESPARTEI-  
RATES, MARBURG

02. & 09.07.2022  
PROGRAMM-  
MITMACHTAGE ZUR  
LANDTAGSWAHL  
2023

## EINE AUFGABE FÜR DIE GANZE GESELLSCHAFT

**NANCY FAESER RUFT AM ZWEITEN JAHRESTAG DES ANSCHLAGS VON HANAU ZUM EINSATZ GEGEN RECHTSEXTREMISMUS AUF**

**A**m zweiten Jahrestag des rechts-terroristischen Anschlags von Hanau ist in der Stadt an die Opfer erinnert worden. „Die Opfer waren Hanauerinnen und Hanauer. Daran hat diese Stadt nach der Tat keinerlei Zweifel gelassen. Wenn der Attentäter Hanau spalten wollte, dann hat er das Gegenteil erreicht: mehr Zusammenhalt, Solidarität, Menschlichkeit“, so die Bundesinnenministerin und Landesvorsitzende der SPD Hessen am 19. Februar in Hanau. Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov würden nie vergessen

werden, sagte Faeser. „Aber was wir den Familien der Opfer in besonderer Weise schulden, ist eine transparente und lückenlose Aufarbeitung aller Hintergründe dieses entsetzlichen Anschlags“, betonte die Landesvorsitzende. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte bei der Gedenkfeier in Hanau ein Jahr zuvor von der Bringschuld des Staates gegenüber den Angehörigen gesprochen. Nur wenn diese erfüllt werde, könne verlorenes Vertrauen in unseren Staat wieder wachsen. Noch sei diese Bringschuld nicht erfüllt, so Faeser. Zu viele Fragen seien noch offen, die der Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtages klären müsse.

Fortsetzung auf Seite 2



„Was Ihnen angetan wurde, zerreißt mir das Herz“, wandte sich Nancy Faeser an die Familien der Opfer von Hanau.

QUELLE: PETER JÜLICH

## DIREKTWAHLEN

06.03.2022

**Ralf Drexelius** möchte Bürgermeister von Brombachtal werden.

**Julian Kempka** will Bürgermeister von Friedewald werden.

20.03.2022

**Götz Hauptmann** möchte Bürgermeister von Ober-Ramstadt werden.

**Matthias Kreh** kandidiert als Bürgermeister für Groß-Umstadt.

**Dirk Oetzel** will Bürgermeister von Hessisch Lichtenau werden.

**Steven Günther-Scharmann** tritt als Bürgermeisterkandidat für Roßdorf an.

**Ralf Eberwein** möchte Bürgermeister von Söhrewald werden.

**Daniel Iliev** kandidiert erneut als Bürgermeister für Heringen.

## EINE AUFGABE FÜR DIE GANZE GESELLSCHAFT

NANCY FAESER RUFT AM ZWEITEN JAHRESTAG DES ANSCHLAGS VON HANAU ZUM EINSATZ GEGEN RECHTSEXTREMISMUS AUF

Fortsetzung von Seite 1

„Als Bundesinnenministerin werde ich alles dafür tun, dass auch vonseiten des Bundes jede Transparenz und jede Unterstützung erfolgt. Das ist eine Frage des Mitgefühls und der Verantwortung. Und das ist mein Verständnis von einem Staat, der aus Versäumnissen und Fehlern lernt“, so Faeser und sie macht deutlich: „Nichts bedroht das friedliche Zusammenleben unserer Gesellschaft derzeit so sehr wie der Rechtsextremismus. Deshalb hat dessen Bekämpfung für mich oberste Priorität.“ Der Anschlag von Hanau sei nicht aus dem Nichts gekommen und alles andere als zufällig geschehen. „Die Spur des rechten Terrors zieht sich durch unsere jüngere Geschichte: der NSU, der Mord an Walter Lübcke, der Terror von Halle und Hanau. Das sind die Taten, an die wir uns erinnern. Nicht im öffentlichen Bewusstsein ist, dass es jeden Tag – im Schnitt – drei rechte Gewalttaten in unserem Land gibt“, so Faeser. Aber der Kampf gegen den Rechtsextremismus sei nicht nur die Aufgabe von Polizei, Justiz und Sicherheitsbehörden. Er sei auch eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft, denn nur so könne der tief verwurzelten Menschenfeindlichkeit begegnet werden. „Deshalb

wollen wir politische Bildung und demokratisches Engagement massiv stärken“, sagte Faeser. „Wir werden immer an Ihrer

Seite stehen. Die Opfer des 19. Februar 2020 bleiben für immer ein Teil von uns“, versprach sie den Familien der Opfer. ■

#SAYTHEIRNAMES

**GÖKHAN GÜLTEKIN**  
**SEDAT GÜRBÜZ**  
**SAID NESAR HASHEMI**  
**MERCEDES KIERPACZ**  
**HAMZA KENAN KURTOVIĆ**  
**VILI-VIOREL PĂUN**  
**FATIH SARAÇOĞLU**  
**FERHAT UNVAR**  
**KALOYAN VELKOV**

HESSEN  
SPD

## HESSEN HAT EINE STARKE FRAU VERLOREN

TIEFE TRAUER ÜBER DEN FRÜHEN TOD VON LANDRÄTIN KIRSTEN FRÜNDT



FOTO: ARCHIV

Am 18. Januar ist die Landrätin und ehemalige stellvertretende Vorsitzende der SPD Hessen, Kirsten Fründt, verstorben. Die Landesvorsitzende Nancy Faeser zeigte sich tieftraurig über den Verlust. „Mit ihrer großen Klugheit und ihrem herzlichen Charme hat sie die Menschen für sich eingenommen. Kirsten Fründt wusste zu begeistern, weil sie selbst alles, was sie tat, voller Begeisterung tat. Sie war in jeder Hinsicht eine starke Frau. Ihr wacher politischer Geist und ihre Tatkraft haben die hessische SPD über viele Jahre mitgeprägt“, sagte Faeser. Mit Kirsten Fründt hat die SPD Hessen eine überzeugte Sozialdemokratin verloren, die ihre erfolgreiche Arbeit in der Kommunal- und Landespolitik Hessens immer an den Werten von Mitmenschlichkeit, Gerechtigkeit und Solidarität ausgerichtet hat. Dass es anderen bessergeht, war stets ihr Ziel. „Mir persönlich wird Kirsten Fründt als gute Freundin, als kritische Ratgeberin und als starke Mitstreiterin fehlen. Die Lücke, die ihr Tod reißt, lässt sich kaum füllen“, erklärte Faeser. Unsere Gedanken sind bei Kirsten Fründts Familie.

# „WIR KÄMPFEN FÜR EIN STARKES HESSEN“

SPD-LANDESVERBAND UND SPD-LANDTAGSFRAKTION ZUR JAHRESAUFTAKTKLAUSUR IN BERLIN

**W**ir wollen die Demokratie verteidigen, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Hessen für die Zukunft fit machen“, fasste Landesvorsitzende Nancy Faeser die Schwerpunkte für die Landtagswahl 2023 in Hessen auf der Jahresauftaktklausur der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesvorstands am 12.02.2022 in Berlin zusammen. Da aufgrund der pandemischen Lage der traditionelle Hessengipfel in Friedewald nicht in gewohnter Form stattfinden konnte, organisierten Partei und Fraktion eine gemeinsame Klausur im Willy-Brandt-Haus, die unter Beteiligung der hessischen Spitzen aus Bund, Land und Kommunen als Onlinekonferenz durchgeführt wurde. Auf der Tagesordnung standen ein Impuls von Günter Rudolph, dem neuen Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion zur aktuellen Coronlage und zum Umgang mit den Protesten, ein Aufschlag zur thematischen Schwerpunktsetzung von der Landesvorsitzenden und neuen Bundesministerin des Inneren und für Heimat Nancy Faeser sowie eine Übersicht über den bisherigen Programmprozess von Generalsekretär Christoph Degen. Moderiert wurden die Diskussionen von den



PETER JOUICH

Die SPD Hessen nimmt mit Landeschefin Nancy Faeser Kurs auf die Landtagswahl 2023.

stellvertretenden Landesvorsitzenden Kaweh Mansoori und Timon Gremmels sowie von der neuen Parlamentarischen Geschäftsführerin Dr. Daniela Sommer. In der Spitze nahmen neben den in Präsenz anwesenden Landespräsidiums- und Fraktionsvorstandsvorstandsmitgliedern über einhundert weitere Genossinnen und Genossen an der Klausur teil. Nancy Faeser zeigte sich sichtbar kämpferisch und bat ein großes Portfolio an Themen, die einen Vorgeschmack auf die nächsten Monate geben. Hessen wurde in den vergangenen Jahren unter der CDU-geführ-

ten Landesregierung klar unter Wert verkauft und nicht auf die großen Aufgaben der Zukunft vorbereitet. Die SPD will die Transformation der Arbeitswelt gestalten, für ein sozial gerechtes Hessen sorgen und die Gesundheitsversorgung in Stadt und Land sicherstellen. Das Land muss jetzt darauf vorbereitet werden und darf nicht wieder fünf Jahre verschlafen. Das Ziel aller Beteiligten war eindeutig: Wir kämpfen bei der Landtagswahl für ein starkes Hessen, ein modernes Bundesland mit Gleichberechtigung auf allen Ebenen, angeführt von der SPD. ■

## EIN MUTIGES PROGRAMM, DAS ÜBERZEUGT UND VERSTÄNDLICH IST

GENERALSEKRETÄR CHRISTOPH DEGEN STELLT PLANUNGEN ZUM PROGRAMMPROZESS VOR

**E**in Programm ist die Bewerbungsmappe und Visitenkarte einer Partei für die Wahl“, erläutert Generalsekretär Christoph Degen, der

gemeinsam mit Susanne Selbert und Sophie Frühwald den Programmprozess für ein Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2023 leitet. „Das Programm bildet

das ganze Spektrum der Partei ab, setzt Schwerpunkte und spricht die Sprache einer möglichen neuen Regierung. Dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden.“ Auf der Jahresauftaktklausur in Berlin stellt Degen die aktuellen Planungen und Überlegungen vor. In einem ersten Schritt wurden die Arbeitsgruppen konstituiert, die zentralen Thesen bis Juni erarbeitet. Anschließend geht es in die erste Beteiligungsphase mit der Partei, um gemeinsam zu diskutieren sowie Ideen einzubringen. Ziel ist, dass auf dem Hessengipfel 2023 der erste Programmentwurf vorliegt, der anschließend auf einem Parteitag beschlossen wird. Schon bei der Erstellung der Arbeitsgruppen finden sich konzeptionelle Ansätze. Das Thema „Digitalisierung“ wird nicht als eigenständige Arbeitsgruppe agieren, sondern wird von allen berücksichtigt. In der großen Programmkommission wird es für das Thema eigenständige Koordinatoren geben, die noch einmal mit eigenem Blick das Thema im Gesamtprozess begleiten. ■



FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

Christoph Degen, Generalsekretär der SPD Hessen

### DIE ARBEITSGRUPPEN IM ÜBERBLICK:

Klimaschutz und Energie

Familie, Senioren, Jugend und Soziales

Finanzen

Geschlechtergerechtigkeit, Diversität und Vielfalt

Innen und Zuwanderung, Religion

Justiz und Datenschutz

Kommunal- und Regionalpolitik, Aufgaben von Kommunen, Sport und Ehrenamt

Schule und lebenslanges Lernen

Umwelt, Landwirtschaft, Naturschutz, Verbraucherschutz, Nachhaltigkeit

Transformation, Wirtschaft, Arbeit und Ausbildung

Medien, Musik, Kunst und Kultur

Wissenschaft und Innovation

Bauen und Wohnen, Stadt und Land, Verkehr

Gesundheit, Krankenhäuser und Pflege

Europa, internationale Beziehungen und Entwicklungszusammenarbeit

## Einberufung eines ordentlichen SPD-Landesparteitages am 07.05.2022 in Marburg mit Termin- und Fristenplan

Der SPD-Landesvorstand beruft am 14.12.2021 nach § 4 (4) der Satzung des SPD-Landesverbands Hessen einen ordentlichen Landesparteitag mit Vorstandswahlen ein für

**Samstag, 7. Mai 2022, Beginn: 10.00 Uhr  
Georg-Gaßmann-Stadion, Leopold-Lucas-Str. 46 b,  
35037 Marburg**

Als **Antragsschluss** zum Landesparteitag gemäß § 4 (6) unserer Satzung (einschließlich satzungsändernder Anträge) wird der 25.03.2022 festgelegt (6-Wochen-Frist).

Alle fristgemäß eingegangenen Anträge werden den gewählten und den beratenden Delegierten bis zum 15.04.2022 zur Kenntnis gegeben. Der Landesvorstand setzt eine Antragskommission ein (§ 4, Abs. 7).

Antragsberechtigt sind gemäß § 4 (5) unserer Satzung die Ortsvereine, die Unterbezirke, die Bezirke, der Landesvorstand und die Bezirks- und Landeskonferenzen der Arbeitsgemeinschaften.

### Vorläufige Tagesordnung:

- TOP 1. Konstituierung des Parteitages
- TOP 2. Grußworte
- TOP 3. Berichte des Landesvorstands
- TOP 4. Wahl des Landesvorstands
- TOP 5. Beratung und Beschlussfassung von Anträgen
- TOP 6. Schlusswort

Ende des Parteitages ist gegen 16 Uhr.

Die Unterbezirke werden aufgefordert, jeweils ein Mitglied für die Mandatsprüfungskommission und die Zählkommission zu benennen.

## CHRISTOPH DEGEN VERLEIHT HESSISCHEN SPD-FASTNACHTSORDEN

NICKY KAILING FÜR ENGAGEMENT FÜR VIELFALT GEEHRT

Um seine Verdienste für die Akzeptanz einer vielfältigen Gesellschaft zu würdigen, hat der hessische SPD-Generalsekretär Christoph Degen zum ersten Mal den hessischen SPD-Fastnachtsorden an den Sitzungspräsidenten und 2. Vorsitzenden des 1. Wächtersbacher Carneval-Verein 1961 e. V. (WCV), Nicky Kailing, verliehen. „Mit dem Faschingsorden würdigen wir den Einsatz für Demokratie, Vielfalt der Gesellschaft sowie Solidarität. Die Rosa Sitzungen bringen Menschen zusammen und leisten somit einen Beitrag für gesellschaftliche Vielfalt“, sagt Christoph Degen. „Dieses Wirken ist ehrenwert und eine große soziale Leistung für den Zusammenhalt.“ Nicky Kailing alias „Martha Pfahl“ ist schon von Beginn an federführend an den Rosa Sitzungen beteiligt. Die hohe Nachfrage für die Sitzungstickets gebe dem Konzept recht und ermögliche sogar die Erweiterung der Sitzungsanzahl, gegenläufig zum allgemeinen Trend. „Ein Jahr ohne Fastnacht war für eingefleischte Karnevalisten schon schwer zu verkraften“, weiß Christoph Degen. Da der närrische Entzug in diesem Jahr in die Verlängerung ging, hatte Degen den Orden zwar am eigentlichen Sitzungstermin gemeinsam mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Heinz Lotz, Bürgermeister Andreas Weiher und Pfarrerin Beate Rilke übergeben, jedoch nicht in der schillernden



FOTO: CHRISTOPH DEGEN

**In diesem Jahr wurden zum ersten Mal die Fastnachtsorden der hessischen SPD verliehen.**

Narhalla, sondern vor dem Wächtersbacher Schloss. „Wir vom WCV freuen uns über diese Auszeichnung und die Wertschätzung für unsere Vereinsarbeit“, sagte Kailing, der an die Anwesenden und eigentlichen Stammgäste der Rosa Sitzung im Gegenzug auch die WCV-Orden für die entfallene Sitzung übergab. Für das kommende Jahr zeigten sich alle optimistisch, dass es nach der coronabedingten Pause endlich wieder weitergehen kann. ■

WIR GRATULIEREN DEN NEUEN BÜRGERMEISTERN

**Uwe Jäger,  
Lohfelden**

**Stephan Bolender,  
Haunack**

**Arnim Roß,  
Kaufungen**

**Thorsten Siehr,  
Ginsheim-  
Gustavsburg**

## PROJEKT „REGIERUNGSWECHSEL“ IM BLICK

DREI FRAGEN AN GÜNTER RUDOLPH, DEN NEUEN VORSITZENDEN DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

**vorwärts Hessen:** Lieber Günter, du bist seit Dezember der neue Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, herzlichen Glückwunsch dazu! Vorher warst du Parlamentarischer Geschäftsführer und somit bist du nicht neu in der Fraktionsführung. Ist die neue Rolle dennoch eine große Herausforderung für dich?

**Günter Rudolph:** Aber nach zwölf Jahren als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion musste ich keinen Kaltstart in der Fraktionsführung hinlegen, sondern ich wusste sehr gut, worauf ich mich einlasse. Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat das Projekt „Regierungswechsel für Hessen“ fest im Blick, denn insbesondere die CDU hat nach mehr als 23 Jahren als Regierungspartei abgewirtschaftet.

**vorwärts Hessen:** Welche wichtigen Ziele hast du dir selbst als Fraktionsvorsitzender in den kommenden Jahren gesetzt?

**Günter Rudolph:** Ich möchte den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, dass die SPD willens und in der Lage ist, Hessen zu regieren. Daran arbeite ich gemeinsam mit den 28 Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion und natürlich mit Nancy Faeser, die als SPD-Landesvorsitzende auch nach ihrem Wechsel in die Bundesregierung eine entscheidende Rolle spielt. Wenn die aktuelle Regierungskoalition bis dahin durchhält, wird ja spätestens im Herbst 2023 ein neuer Landtag gewählt. Und ich bin fest entschlossen, meinen Beitrag dazu zu leisten, dass die SPD dann wieder die stärkste Fraktion wird und eine neue Landesregierung anführen kann. Denn wir haben den besseren Plan für die Zukunft unseres Landes, die besseren Konzepte für ein solidarisches Hessen und die besseren Ideen für die Gestaltung des Wandels in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft.



FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

**vorwärts Hessen:** Einige Journalisten haben dich eher beim Erwerb eines Wohnmobils für den Ruhestand gesehen und nicht als neuen Fraktionsvorsitzenden. Was entgegnest du ihnen?

**Günter Rudolph:** Dass Urlaub im Wohnmobil nichts für mich ist. Ein Hotelzimmer mit einem ordentlichen Bett ist mir lieber. ■

# RECHT AUF GEWALTFREIES LEBEN

ISTANBUL-KONVENTION IN HESSEN SOFORT UMSETZEN

**H**essen ist immer noch weit entfernt von einer vollumfänglichen Umsetzung der Istanbul-Konvention“, mahnte die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Nadine Gersberg, in ihrer Rede vor dem Hessischen Landtag. „In der Konvention steht alles, was Frauen brauchen, um ihre Lage zu verbessern. Es beinhaltet auch, was Mädchen und Frauen brauchen, damit häusliche Gewalt gar nicht erst passiert. Es ist eine Konvention, die nun seit Jahren vorliegt und die von der Bundesregierung vollumfänglich in Gesetze gegossen und umgesetzt werden soll“, so Gersberg. Vor allem Hessen hinke dieser Umsetzung weit hinterher. Gänzlich fehle etwa eine Koordinierungsstelle, die die Umsetzung der Konvention schneller und strukturierter vorantreiben könne und auch für Kommunen ein dringend benötigter Ansprechpartner in puncto Istanbul-Konvention sein müsse.

Zudem fehlten in Hessen Frauenhausplätze und Plätze für Kinder in den Traumaambulanzen: „Momentan werden doppelt so viele Frauenhausplätze benötigt, als wie vorhanden sind. Auch gibt es nur wenige Angebote der Sensibilisierung



Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Nadine Gersberg

und Gewaltprävention.“ Auch im Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung in Hessen gebe es große Defizite: „In die Räumlichkeiten der Beratungsstellen gelangen Frauen und Mitarbeiterinnen an

einigen Orten nur begleitet von Schmährufen, Drohungen und Beschimpfungen von Abtreibungsgegnerinnen und -gegnern. Viele Beratungsstellen sind finanziell so schlecht ausgestattet, dass sie nur noch unter höchster Anstrengung und großem Engagement des Personals überhaupt Beratungen anbieten können. Hinzu kommt, dass es in Hessen immer weniger Möglichkeiten gibt, überhaupt einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen, zu lassen. Die Kliniken und Praxen, die Abbrüche vornehmen werden immer weniger, die Wege zu ihnen länger“, so Gersberg. Während die Bundesregierung aktuell mit der Abschaffung des Paragraphen 219 a den richtigen Weg einschlägt, so müsse sich auch der Sozialminister Hessens endlich des Themas annehmen und die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Hessen schleunigst umsetzen, forderte Gersberg. Im Hinblick auf den Weltfrauentag am 8. März appellierte sie an die Hessische Landesregierung: „Frauen haben das Recht auf ein sicheres, gewaltfreies und selbstbestimmtes Leben. Tun Sie endlich alles Nötige dafür, damit auch in Hessen die Grundlage für ein solches Leben für alle Frauen geschaffen wird.“ ■



Günter Rudolph, MdB

## RÜCKTRITT IN LETZTER MINUTE

Der amtierende Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) hat mitgeteilt, dass er sein Amt am 31. Mai aufgeben wird. Die hessische CDU schlägt als Nachfolger den derzeitigen Landtagspräsidenten Boris Rhein vor. Günter Rudolph, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, sagte dazu: „In letzter Minute hat die CDU ihr wochenlanges Personalchaos beendet und Klarheit darüber geschaffen, wer dem geschwächten Ministerpräsidenten Bouffier nachfolgen soll. Der aktuelle Amtsinhaber, der nun endgültig ein Regierungschef auf Abruf ist, hatte offenkundig nicht mehr die Kraft, Personalspekulationen und Richtungskämpfe in seiner Partei zu unterbinden. Zum Schluss war ihm die Nachfolgedebatte entglitten. Er geht als ein Mann, über den Zeit und Parteifreunde hinweggegangen sind. Nun soll es Boris Rhein richten, der als Innenminister umstritten war. Vermutlich war er nicht der Wunschkandidat von Volker Bouffier. Spannend ist die Frage, ob es der schwarzgrünen Regierungskoalition gelingt, ihre denkbar dünne Mehrheit von nur einer Stimme im Landtag zusammenzuhalten und den bisherigen Landtagspräsidenten zum neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Ich gehe aber auch davon aus, dass die Amtszeit eines Ministerpräsidenten Rhein nur kurz sein wird. Denn schon im Herbst 2023 wird ein neuer Landtag gewählt. Und die hessische SPD ist entschlossen, dann das Projekt Regierungswechsel zum Erfolg zu führen und die CDU-Regentschaft in Hessen zu beenden. Wir sind bereit und willens, die nächste Landesregierung anzuführen und die Zukunft Hessens zu gestalten.“ ■

# FINANZIERUNG DER KRANKENHÄUSER SICHERN

INVESTITIONSTAUS UND PERSONALMANGEL AN KLINIKEN GEFÄHRDEN GESUNDHEIT VON PATIENTEN

**A**us aktuellem Anlass hat die SPD-Fraktion in der vergangenen Plenarwoche das Thema Krankenhausfinanzierung zu einem Setzpunkt gemacht. Im Rahmen der Plenardebatte dazu hat die Parlamentarische Geschäftsführerin und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Daniela Sommer, Kritik an der mangelnden Verantwortung der Landesregierung für die dringend anstehenden Investitionen in den hessischen Krankenhäusern erneuert: „Seit über 20 Jahren vernachlässigt das Land seine gesetzliche Aufgabe zur Finanzierung der Investitionen in den Krankenhäusern. Dabei ist die Landesregierung im Rahmen des Sicherstellungsauftrags verpflichtet, die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen zu gewährleisten.“ Dies führe dazu, dass Krankenhäuser ihre Investitionskosten zum Teil durch Erlöse aus dem DRG-System (Fallpauschalen) decken müssten. Resultat seien verschuldete

Kliniken, fehlendes Personal und ein Anstieg an unnötigen Operationen. Damit leide nicht nur die Qualität der Krankenhäuser. Auch die Gesundheit von Patienten



Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Frau Dr. Daniela Sommer

ten werde zunehmend gefährdet. Für das Krankenhauspersonal seien zudem hoher Arbeitsdruck und fehlende Erholung die Konsequenzen. „Es ist absolut nachvollziehbar, dass Beschäftigte der Krankenhäuser unter diesen Bedingungen kündigen und Nachwuchskräfte Berufe in der Pflege gar nicht erst anstreben“, warnte Sommer.

Es sei zwingend notwendig, endlich gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Landesregierung sei es aber trotz hoher Bundesmittel während der Pandemie nicht gelungen, den Investitionsstau in der Gesundheit aufzulösen. „Die Erfahrungen aus der Coronakrise müssen mit in die Krankenhausplanung einbezogen werden und die Landesregierung muss endlich ihren Investitionsverpflichtungen nachkommen. Nur so können wir eine gute Krankenhausversorgung sicherstellen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Wertschätzung entgegenbringen, die sie verdient haben“, so Sommer. ■

## UPDATES AUS DEN UNAS DES HESSISCHEN LANDTAGES

### UNA LÜBCKE

Im Untersuchungsausschuss zur Ermordung von Dr. Walter Lübcke wurde der Oberstaatsanwalt beim Generalbundesanwalt Killmer vernommen. Er bestätigte die Gefährlichkeit des verurteilten Mörders Stephan Ernst und seines Gesinnungsgenossen Markus H., die den Behörden lange als gewaltbereite Rechtsextremisten bekannt waren. Es sprächen gewichtige Anhaltspunkte dafür, dass Stephan Ernst auch der Messerangriff auf Ahmed I. zuzurechnen sei, so der Zeuge Killmer. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, sagte: „Es stellt sich die Frage, wie der Mörder von Dr. Walter Lübcke sein Arsenal an illegalen Waffen finanzieren konnte, zu dem auch eine Maschinenpistole und mehrere Tausend Schuss Munition gehörten. Ernst und sein Gesinnungsgenosse stehen exemplarisch für die Militanz der Szene. Die Affinität für Waffen im Rechtsextremismus ist weiterhin hoch. Es stellt sich auch die Frage, weshalb der florierende Waffenhandel in der rechten Szene den hessischen Sicherheitsbehörden nicht frühzeitig aufgefallen ist.“

### UNA HANAU

Im Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des Attentats von Hanau wurde indes der Sachverständige für Tat und Tatmotiv Prof. Dr. Henning Saß vernommen. Er machte deutlich, dass das vor der Tat im Internet eingestellte Video des Attentäters Tobias R. ein deutlicher Hinweis auf das bevorstehende Attentat darstellte. Prof. Dr. Saß habe zum einen die Erkrankung und zum anderen das hohe Hass- und Verachtungspotenzial des Täters Ausländern gegenüber deutlich erkennen können. Die Obfrau der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss Heike Hofmann sagte dazu: „Ins Netz gestellte Inhalte müssen unverzüglich und streng überprüft werden. Nur so können solche Taten künftig verhindert werden. Hasskommentare dürften nicht als wirt und verquer abgetan werden, sondern müssten kritischer hinterfragt, näher überprüft und konsequent verfolgt werden.“



FOTO: STEFAN KRUTSCH

# LOBHUDELEI BAUT KEINE RADWEGE

TROTZ GRÜNER REGIERUNG: HESSEN MACHT KEINE FORTSCHRITTE IN NACHHALTIGER VERKEHRSPOLITIK

Der Hessische Landtag hat über den Radwegebau in Hessen debattiert. In der Aussprache kritisierte der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Tobias Eckert, die Landesregierung:

„Auch wenn die Grünen gerne etwas anderes behaupten, die Fakten sprechen dagegen: Im bundesweiten Vergleich liegt der Anteil von Radwegen an Landesstraßen in Hessen bei nur 13 Prozent. Der Mobilitätsindex des ADAC bescheinigt der hessischen Verkehrspolitik, dass sie keine Fortschritte bei der Nachhaltigkeit macht. In dem Bericht werden zwar die Aktivitäten der Kommunen beim Ausbau der Radschnellwege gelobt. Dennoch erfolgen keine Verbesserungen in Hessen bei nachhaltiger Mobilität. Diese Aspekte finden in der Lobhudelei der Grünen natürlich keine Berücksichtigung. Der positiven Bilanz der Grünen widerspricht



Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Tobias Eckert

auch das Vorgehen der Initiative für eine Verkehrswende, die mit einem Verkehrswende-Gesetz die Mobilitätspolitik in Hessen voranbringen will. Sollte das nicht eigentlich die Aufgabe der Landesregierung sein? Der ADFC hat im Oktober 2019 erklärt, dass die Radwegesaniierungs-Offensive vor dem Kollaps steht. Auch wenn der Radwegebau nun etwas beschleunigt wurde, wird es trotzdem noch viele Jahre dauern bis endlich bemerkenswerte Fortschritte erfolgt sind. Es nutzt auch niemanden, wenn vermeintliche Rekordsummen veranschlagt werden, davon ist noch kein Radweg gebaut. Wir fordern zudem, dass die Landesregierung die Verantwortung für den Bau der Radschnellwege übernimmt, um die Kommunen zu entlasten. Genau wie bei überörtlichen Straßen sollen überörtliche Radwege vom Land gebaut und unterhalten werden.“ ■

## SPD LEGT KONZEPT FÜR SOLIDARISCHE SENIORENPOLITIK VOR

Die SPD-Fraktion hat sich gemeinsam mit Seniorinnen und Senioren Gedanken gemacht, wie eine solidarische, gerechte und durch Teilhabe geprägte Seniorenpolitik in Hessen aussehen sollte. Herausgekommen ist ein zukunftsfähiges Konzept mit konkreten Handlungsempfehlungen. Initiatorin des Papiers ist die seniorenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Ulrike Alex: „Es gibt einige Lebensbereiche, die älteren Menschen besondere Probleme bereiten. Diese müssen wir anpacken und für sie zugänglich machen. Die Teilhabe von Seniorinnen und Senioren am sozialen, politischen und kulturellen Leben muss die Politik durch die Bereitstellung von Ressourcen ermöglichen“, sagt Alex.

In den Bereichen der ökonomischen Situation, Gesundheit, Mobilität, Wohnen, Digitalisierung, Kultur, Freizeit und Begegnung und der Partizipation haben die Expertinnen und Experten zusammen mit der SPD-Fraktion großes Verbesserungspotential in Hessen ausgemacht. Zu den vielen Maßnahmen, die im Konzept genannt sind gehört unter anderem die Erhöhung des Mindestlohns und gleichberechtigte Löhne. Sie seien laut Alex ein wichtiger Beitrag für die Sicherung des Alters künftiger Generationen. Aber auch die heutigen Seni-

orinnen und Senioren mit kleinen oder gar keinen eigenen Renten müssten am Leben teilhaben können. Deshalb müsse unter anderem dafür gesorgt werden, dass Kommunen finanziell ausgestattet werden, um kostenlose Begegnungs-, Freizeit-, Kultur – und Bildungsangebote an Seniorinnen und Senioren zu machen. Um die medizinische Versorgung in Stadt und Land für ältere Menschen sicherzustellen, müsse eine aufsuchende Gesundheitsversorgung durch eine Landarztquote und Gemeindegewestern geschaffen werden.

Auch die Mobilität vor allem im ländlichen Raum müsse gestärkt werden: „Kurzfristig kann die Einrichtung von Bürgerbussen helfen und auf längere Sicht brauchen wir einen flächendeckenden, nachhaltigen, zuverlässigen und gut getakteten ÖPNV in Hessen“, sagt Ulrike Alex. Ältere Menschen sollen Unterstützung bei der altersgerechten Ausstattung

ihrer Wohnungen und Häuser erhalten. Auch bei der Digitalisierung sollten ältere Menschen mitgedacht werden. Die Pflege- und Seniorenheime müssten mit entsprechenden Internetverbindungen und Geräten sowie unterstützendem Personal ausgestattet werden.

Damit die ältere Generation ihre Interessen selbst in die Hand nehmen kann, müssen in allen hessischen Kommunen Seniorenbeiräte eingerichtet werden.

Falls sich nicht genügend Kandidatinnen und Kandidaten finden, muss alternativ zumindest eine Seniorenbeauftragte/ein Seniorenbeauftragter installiert werden.

„Es gibt viele verschiedene Handlungsfelder in der Seniorenpolitik, auf die unsere aktuelle Landesregierung keine Antworten hat. Unser Konzept bietet eine Reihe von Maßnahmen, die das Leben der älteren Generation verbessern würden, und die meisten davon können auch sofort ergriffen werden“, sagt Ulrike Alex. ■



Die seniorenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ulrike Alex

FOTO: STEFAN KRUTSCH

# ZWEIFELHAFTE GEISTESHALTUNG

SPD FORDERT PRÜFUNG EINER RICHTERANKLAGE GEGEN GIESSENER VERWALTUNGSRICHTER

Die SPD-Fraktion hat die Landesregierung und die Justizministerin Hessens Eva Kühne-Hörmann aufgefordert, den Einsatz einer Richteranklage gegen einen hessischen Verwaltungsrichter aus Gießen zu prüfen. Dazu hatte die Fraktion einen Antrag eingebracht.



Rechtspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Gerald Kummer

Der betroffene Verwaltungsrichter hatte im August 2019 einer Klage der rechtsextremen NPD stattgegeben. Es ging damals um ein Wahlplakat mit dem Slogan „Stoppt die Invasion: Migration tötet“. Eine Gemeinde hatte die Entfernung angeordnet. In seinem Urteil hatte der Richter unter anderem ausgeführt, dass das Plakat „als die Realität teilweise darstellend zu bewerten sei“ und dass „Zuwanderung geeignet sei, auf lange Sicht zum Tod der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu führen“. „Die Ausführungen des Richters zum Themenkomplex der Migration sind ungeheuerlich. Deshalb sehen wir es geboten, eine Richteranklage anzustoßen und damit die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie sicherzustellen“, sagte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gerald Kummer.

Als der Richter 2020 über die Ablehnung eines Asylantrags entscheiden sollte, wurde er vom Anwalt aufgrund seines Urteils zu den NPD-Plakaten als befangen abgelehnt. Diesem Befangenheitsantrag war das Bundesverfassungsgericht ge-

folgt, mit der Begründung, dass der Richter offensichtlich Migration für ein grundlegendes, bedrohendes Übel halte. „Mit so einer bedenklichen Geisteshaltung kann man aus unserer Sicht in Deutschland kein Recht sprechen. Wir haben erhebliche Zweifel an der Verfassungstreue des Verwaltungsrichters“, betonte Kummer.

In der Debatte vor dem Hessischen Landtag nannte Justizministerin Kühne-Hörmann den Antrag der SPD-Fraktion „eine Luftnummer“. Wie auch ihre Parteikolleginnen und Parteikollegen der CDU-Fraktion verwies sie auf die richterliche Unabhängigkeit. „Ministerin Kühne-Hörmann verwechselt die richterliche Unabhängigkeit mit Unantastbarkeit. Doch es ist ihre amtseidliche Pflicht, unsere Verfassung zu schützen und zu verteidigen. Es genügt nicht, dass ein Richter formaldemokratisch urteilt, sondern sein Urteil muss von den Wertemaßstäben, die den Kern der Demokratie ausmachen, getragen sein“, sagte Kummer. Der Antrag der SPD-Fraktion wurde vom Plenum zur weiteren Bearbeitung an den rechtspolitischen Ausschuss gegeben. ■



Christoph Degen, MdL

## ZEIT UND RESSOURCEN FÜR DIE LEHRERBILDUNG

In der Anhörung zur Änderung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes hagelte es Kritik am Gesetzesentwurf der Landesregierung. Besonders kritisch gesehen wurde die Beibehaltung der Regelstudienzeit bei gleichzeitiger Verlängerung der Praxisphasen und der Aufnahme zusätzlicher Querschnittsthemen. Klare Vorgaben zur Umsetzung des Mehraufwands und der Ressourcenausstattung fehlten ganz. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Christoph Degen, befürchtet gar, dass der neue Gesetzesentwurf zu Verschlechterungen der Ausbildungsbedingungen und einer Deprofessionalisierung angehender Lehrkräfte führen könnte. „Mit sechs Semestern Grundstudium bleibt Hessen hinter den Standards der Kultusministerkonferenz zurück und isoliert sich mit seiner Lehrkräftebildung bundesweit. Deshalb ist der Entwurf in dieser Form nicht zustimmungsfähig und bedarf dringend Nachbesserungen“, sagte Degen. Im Namen der SPD-Fraktion schlug er vor, die Studiendauer auf zehn Semester zu verlängern, wie es viele Beteiligte der Anhörung gefordert hatten. „Das ist aufgrund des Praxissemesters, der Einführung eines Langfachs im Grundschullehramt wie auch der Querschnittsthemen unerlässlich“, sagte Degen. Das Ziel der Novellierung des Gesetzes müsse sein, das Grundschullehramt aufzuwerten und eine gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte umzusetzen. „Wir wollen, dass die Lehrkräfteaus- und -fortbildung auf eine neue, zukunftsfähige Basis gestellt wird. Die Verankerung von Querschnitts- bzw. Zukunftsthemen, wie inklusiven Grundkompetenzen für alle Lehrkräfte, Unterrichten im Ganztage, Demokratiebildung und vielem mehr, halten wir für zwingend erforderlich. Aber die Vermittlung von Kompetenzen braucht Zeit, Verbindlichkeit und personelle, sachliche und finanzielle Ressourcen“, betonte Degen. ■

# LAND MUSS KURS DES UKGM MITBESTIMMEN

PRIVATISIERUNG DES UNIVERSITÄTSKLINIKUMS WAR EIN FEHLER  
SPD FORDERT TRANSPARENZ DER GELDSTRÖME

Die Hessische Landesregierung hat bekannt gegeben, das Universitätsklinikum Gießen-Marburg, kurz UKGM, über zehn Jahre mit rund einer halben Milliarde Euro zu unterstützen. Das Uniklinikum war vor 16 Jahren unter der CDU-geführten Landesregierung an die Rhön-Klinikum AG verkauft und damit als erstes und einziges Universitätsklinikum privatisiert worden. Den Verkauf hatte der damalige Ministerpräsident Roland Koch damit gerechtfertigt, dass das Land so den Investitionen in Millionenhöhe entgehen würde. Nun steht das Klinikum wieder vor gigantischen Investitionslücken und macht dazu negative Schlagzeilen aufgrund der sich häufenden Klagen der Belegschaft über Arbeitsverdichtung, Personalmangel, Überstunden und Kündigungswellen.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer, nannte die Privatisierung des Klinikums „einen Fehler, für den das Land heute teuer bezahlt“. Sie warf der schwarzgrünen Landesregierung vor, die Nöte der Belegschaft des UKGM ausgeblendet zu haben: „Die Taktik, Personalmangel und Überlastung von Personal am UKGM als

Konzernangelegenheit abzutun, war verfehlt“, sagte sie. Nachdrücklich forderte sie die Landesregierung auf, mit den zugesagten Investitionen im Gegenzug von der Rhön-Klinikum AG ein Mitbestimmungsrecht zu verlangen. Dieses könnte in Form von Gesellschaftsanteilen, Einfluss auf die Unternehmenspolitik oder einem Sitz im Aufsichtsrat realisiert werden. „Vor allem aber sollte im Interesse von Beschäftigten und der Patientinnen und Patienten Einfluss auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen möglich sein“, sagte Sommer. Arbeitsbedingungen und eine faktische Entlastung und Unterstützung von Beschäftigten müssten daher in den Anschlussvereinbarungen enthalten sein. „Die Situation der Beschäftigten muss in den Fokus rücken. Es ist Zeit, Verantwortung zu übernehmen, damit die Versorgung sichergestellt und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gestärkt werden. Als SPD setzen



UNIKLINIKUM GIEßEN-MARBURG:

WER EINE HALBE MILLIARDE INVESTIERT, MUSS DEN KURS DES KLINIKUMS MITBESTIMMEN KÖNNEN.

DR. DANIELA SOMMER



wir uns dafür ein, dass die vom Land in Zukunft zur Verfügung gestellten Gelder insbesondere den Beschäftigten und damit auch der Patientensicherheit zugute kommen. Gewinne dürfen nicht mehr abfließen, Profit darf nicht länger auf Kosten des Personals gemacht werden“, machte Sommer klar. Gemeinsam mit ihrer Fraktion forderte sie eine umfassende und transparente Darlegung der Geldströme des UKGM an das Rhön-Klinikum und reichte einen entsprechenden dringlichen Berichtsantrag ein. ■

# NEU FÜR DIE SPD IM HESSISCHEN LANDTAG



FOTO: STEFAN KRUTSCH

**Esther Kalveram** (55) aus Kassel zieht ein in den Hessischen Landtag für Wolfgang Decker. Die Mutter von zwei erwachsenen Söhnen ist vom Fach – als politische Referentin kennt sie die Politik aus ihrer täglichen Arbeit. Esther Kalveram bezeichnet sich selbst als echte Sozialpolitikerin. „Ich bin thematisch breit aufgestellt und begleite wirklich sehr viele Themen mit hohem Interesse“, sagt sie. Sie sieht vor allem die Finanzen als das Instrument für politische Schwerpunktsetzung an. „Finanzpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, hier entscheidet sich alles. Denn ohne

recht werden können“, sagt Heidt-Somme. Für all dies will sie sich als Abgeordnete und Mitglied des Kulturpolitischen Ausschusses einsetzen. Im Petitionsausschuss ist sie ebenfalls Mitglied: „Das ist bereichernde Aufgabe für mich, da ich Menschen, die sich von staatlicher Seite ungerecht behandelt fühlen, konkret unterstützen kann.“

**Nina Heidt-Sommer** (43) aus Gießen folgt auf Frank-Tilo Becher, der die Wahl zum Oberbürgermeister in Gießen gewonnen hat. Ihr Thema ist die Stärkung des Bildungssystems in Hessen. Sie selbst bringt für ihre politische Arbeit im Bildungsbereich vielfältige Erfahrungen mit: Als Grundschullehrerin sind ihr die Bedingungen in der Praxis bestens vertraut. Für die GEW war sie zudem im Gesamtpersonalrat des Staatlichen Schulamtes Gießen/Vogelsberg vertreten sowie im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer des Kultusministeriums. „Es ist mir wichtig, dass wir ein Bildungssystem schaffen, das den Zusammenhalt und die Demokratisierung unserer Gesellschaft fördert und echte Chancengleichheit bietet“, sagt Heidt-Sommer. Große Aufgaben seien dafür in Hessen zu bewältigen. „Die Investitionen in die Bildung müssen erhöht werden. Wir müssen echte Ganztagschulen ausbauen. Außerdem müssen wir die Arbeitsbedingungen für alle, die in der Bildung tätig sind, verbessern, damit sie ihren Aufgaben auch ge-

recht werden können“, sagt Heidt-Somme. Für all dies will sie sich als Abgeordnete und Mitglied des Kulturpolitischen Ausschusses einsetzen. Im Petitionsausschuss ist sie ebenfalls Mitglied: „Das ist bereichernde Aufgabe für mich, da ich Menschen, die sich von staatlicher Seite ungerecht behandelt fühlen, konkret unterstützen kann.“

Als ehemalige Buchhändlerin liest Esther Kalveram am liebsten in ihrer Freizeit oder geht mit Hündin Kara spazieren. Das Redenschwingen auf dem Podium muss Kalveram übrigens nicht erst lernen. Als leidenschaftliche Büttenerin hat sie reichlich Erfahrung darin. „An Karneval gehe ich als Superheldin in die Bütt“, sagt sie.

**Tanja Hartdegen** ist nachgerückt für Torsten Warnecke, der zum Landrat des Kreises Hersfeld-Rotenburg gewählt wurde. Zusammen mit ihrem Mann und ihren zwei Söhnen (18 und 15) lebt sie in der Gemeinde Schenkklengsfeld. Seit vielen Jahren engagiert sie sich ehrenamtlich in der Gemeindepolitik und war als Fraktionsgeschäftsführerin für die Kreistagsfraktion tätig. Als Juristin arbeitete Hartdegen als Rechtsanwältin und hat zuletzt für einen



PRESSEFOTO

freien Träger Projekte in der Straffälligenhilfe geleitet. Ihr Wissen und ihre Erfahrung bringt sie nun als Sprecherin der SPD-Fraktion im Unterausschuss für Justizvollzug ein. Und sie gehört dem Haushaltsausschuss an. Besonders wichtig ist es Hartdegen, als Abgeordnete ihren Landkreis gut zu vertreten: „Ich möchte die Energie- und Verkehrswende in unserem Kreis vorantreiben und begleiten. Auch die wirtschaftsstrukturelle Entwicklung in unserem Kreis ist mir sehr wichtig. Wir haben das große Unternehmen Kali & Salz bei uns und wir müssen einen Weg finden, wie wir die guten Arbeitsplätze erhalten und unsere Umwelt dabei im Blick behalten. Und: Gleiche Lebensverhältnisse in Stadt und Land sind mir sehr wichtig“, sagt sie.



PRESSEFOTO

**Rüdiger Holschuh** (54) rückt für Nancy Faeser über die Landesliste in den Hessischen Landtag ein. Der Verwaltungsfachwirt aus Oberzent im Odenwald war schon einmal Abgeordneter der SPD im Landtag, nämlich in der Legislaturperiode 2014 bis 2019. Er hatte bei der Wahl 2018 sein Direktmandat nur ganz knapp verloren. Umso mehr freut er sich, dass er nun seine politischen Projekte als Abgeordneter wieder vorantreiben kann: „Mein Thema ist ganz klar der ländliche Raum. Wir im Odenwald werden häufig nicht als ländlich wahrgenommen, da wir zwischen den Ballungszentren Südhessens liegen. Doch unsere Probleme sind die des ländlichen Raums – Bevölkerungsabwanderung, Leerstand in den Innenstädten, das Sterben von Gaststätten und Nahversorgern und die Immobilien. All diese Themen will ich für den Odenwaldkreis und für den gesamten ländlichen Raum in Hessen gerne anpacken“, so Holschuh. Als

langjähriger Kreistagsvorsitzender des Odenwaldkreises und Vizepräsident des Hessischen Landkreistages ist er auch mit viel ehrenamtlichem Engagement in der Politik aktiv. Neben der Politik verbringt er am liebsten Zeit mit seiner Frau, seinem erwachsenen Sohn, seiner Schwiegertochter und den beiden Jagdspaniels, die zur Familie gehören. Musikalisch ist er auch, er spielt Posaune in einer Big Band und in einer Blaskapelle: „Ich freue mich, wenn die Coronasituation es zulässt und wir wieder auftreten können“, sagt er.



PRESSEFOTO

te auf ihrem Weg ins Berufsleben. „Wir brauchen einfach gute Fachkräfte in unserem Land. Auch mit einer Ausbildung kann man Karriere machen.“ Als Bezirksvorsitzender der SPDqueer Hessen-Nord setzt er sich dafür ein, dass die Vielfalt der Liebes- und Lebensformen nicht länger nur Randthema bleibt und die neue Generation mit dem Thema vertraut wird: „Queere Themen müssen Einzug in Schulbücher halten und als Vielfalt und nicht als Sonderform vermittelt werden“, sagt Schneider. Außerdem will er die flächendeckende Einführung von queeren Jugendzentren vorantreiben. „Outing ist ein großes Thema unter queeren Jugendlichen. Sie brauchen einen Ort, an dem sie offen darüber sprechen können. Nicht nur in den großen Städten, sondern vor allem auch auf dem Land.“

**Florian Schneider** aus Schauenburg im Landkreis Kassel rückt nach für Manuela Strube, die Bürgermeisterin in Baunatal geworden ist. Schneider ist mit 30 Jahren jüngster Abgeordneter der SPD-Fraktion. Bevor er in den Hessischen Landtag einzog, arbeitete er im IT-Projektmanagement bei der Deutschen Post DHL Group. Als IT-Fachmann ist er nun Mitglied im Digitalausschuss. Im Umweltausschuss übernimmt er die Zuständigkeit für die Themen Tierschutz und Wasser. Als Abgeordneter möchte er die Digitalisierung der Verwaltung in Hessen vorantreiben: „Wir brauchen ein funktionierendes einheitliches System und es muss klar werden, dass die Digitalisierung nicht bedeutet, dass wir alles Analoge abschaffen. Der persönliche Kontakt zur Verwaltung muss weiterhin möglich sein.“ Ein weiteres politisches Anliegen von ihm ist es, Ausbildungsberufe aufzuwerten. Als IHK-Prüfer nimmt er selbst Prüfungen ab und begleitet angehende Fachkräf-

te auf ihrem Weg ins Berufsleben. „Wir brauchen einfach gute Fachkräfte in unserem Land. Auch mit einer Ausbildung kann man Karriere machen.“ Als Bezirksvorsitzender der SPDqueer Hessen-Nord setzt er sich dafür ein, dass die Vielfalt der Liebes- und Lebensformen nicht länger nur Randthema bleibt und die neue Generation mit dem Thema vertraut wird: „Queere Themen müssen Einzug in Schulbücher halten und als Vielfalt und nicht als Sonderform vermittelt werden“, sagt Schneider. Außerdem will er die flächendeckende Einführung von queeren Jugendzentren vorantreiben. „Outing ist ein großes Thema unter queeren Jugendlichen. Sie brauchen einen Ort, an dem sie offen darüber sprechen können. Nicht nur in den großen Städten, sondern vor allem auch auf dem Land.“

In seiner Freizeit genießt Florian Schneider das Landleben in Schauenburg und gleichzeitig die Nähe zur Stadt Kassel. Außerdem tanzt er leidenschaftlich gern lateinamerikanisch, früher sogar einmal auf Leistungsebene.



PRESSEFOTO

**IMPRESSUM**  
Herausgeber:  
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen  
Redaktion:  
Christoph Gehring (verantwortlich)  
Dr. Wilfried Lamparter  
Christina Schäfer  
Isabel Kunkel  
Willy Witthaut  
Anschrift:  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden